

# Mit Windrad ein Zeichen setzen

Bürgerinitiative will noch in diesem Jahr Bauantrag für Anlage in Ingersheim stellen

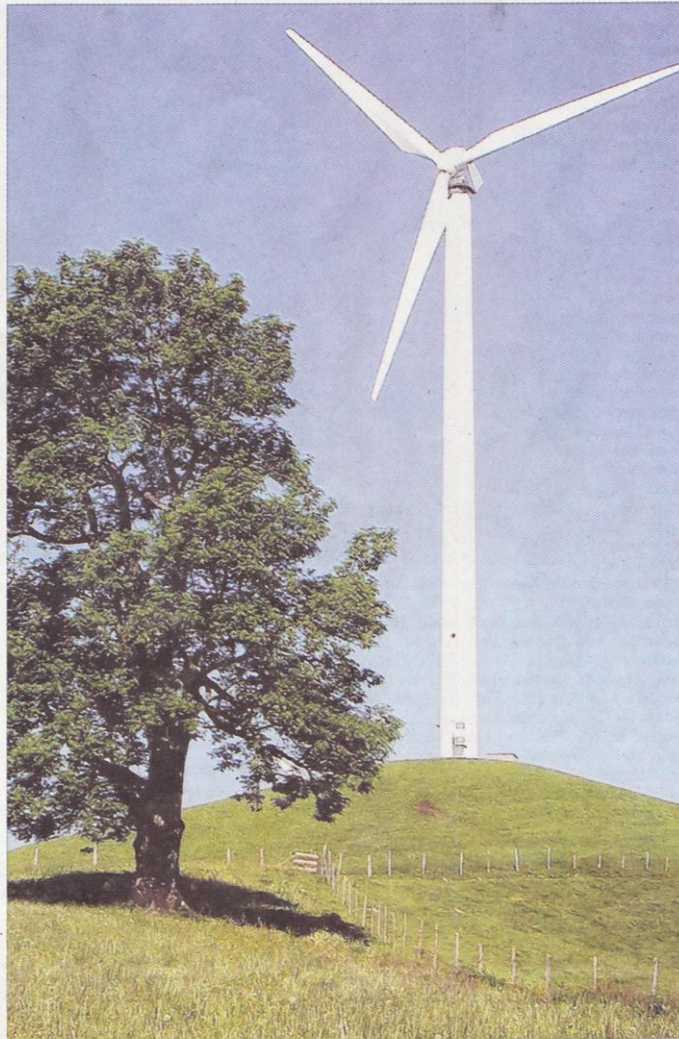
Seit Jahren setzt sich eine Bürgerinitiative für den Bau einer Windkraftanlage auf der Ingersheimer Gemarkung ein. Mit neuen Gutachten in petto will die Gruppe noch vor Weihnachten einen Bauantrag stellen.

DOMINIQUE LEIBBRAND

**Ingersheim.** „Stinkt nicht, strahlt nicht“ – Harald Bender bringt seine Argumente, die für eine Windkraftanlage sprechen, auf eine einfache Formel. Seit Jahren setzt sich der Ingersheimer gemeinsam mit anderen Befürwortern erneuerbarer Energien für den Bau einer solchen Anlage auf der Ingersheimer Gemarkung ein.

Bereits 2004 hatte die Initiative, zu der rund zehn Bürger aus Ingersheim und der Umgebung gehören, einen Bauantrag gestellt. Nach und nach ergaben sich Änderungen an der Planung, was die Prüfung, die seit 2005 dem Landratsamt oblag, verzögerte. Jetzt will die Gruppe einen zweiten, überarbeiteten Antrag einreichen. Was ihr Vorhaben begünstigt: 2005 ist Ingersheim im Regionalplan, der im Sommer dieses Jahres beschlossen wurde, als Wind-Vorrang-Gebiet ausgezeichnet worden – als einzige Gemeinde im Kreis. Die Voraussetzungen seien also gegeben, sagt Heinrich Blasenbri-Wurtz, der sich bereits 2001 im Verbund mit einem anderen Aktionsbündnis – erfolglos – für eine Windkraftanlage auf Besigheimer Gemarkung eingesetzt hatte.

138 Meter hoch mit einem Rotordurchmesser von 82 Metern, so groß soll die Windkraftanlage werden. Rund 3,3 Millionen Euro wird sie kosten, sollte sie gebaut werden. Die Gruppe sieht vor, das Windrad genossenschaftlich zu betreiben. Rund 3,5 Millionen Kilowattstunden im Jahr würde sie erzeugen, so Blasenbri-Wurtz. Gehe man von einem Durchschnittshaushalt von 2,5 Personen aus, könnten damit um



Eine Initiative will in Ingersheim eine Windkraftanlage bauen.

Foto: Arch

die 1400, also mehr als die Hälfte der Ingersheimer Haushalte versorgt werden. Rund sechs Monate Bauzeit müssten eingeplant werden.

Für ihr Projekt muss die Initiative einige bürokratische Hürden nehmen. Entsprechende Windgutachten, die beweisen, dass auf der Ingersheimer Gemarkung Windgeschwindigkeit und aufkommen für die Energieerzeugung ausreichend sind, liegen der Initiative inzwischen vor. Die ersten Messungen hat Harald Bender bereits vor sieben Jahren in Eigenregie vorgenommen. Mit einem Baukran hatte er damals über ein Jahr hinweg, das verlangt die Vorschrift, die nötigen Daten gesammelt.

Auch in puncto Naturschutz gilt es strenge Auflagen zu erfüllen. Die Gruppe musste deshalb unter anderem ein Greifvogel- und Fledermausgutachten erstellen, das zeigt, dass sich beides – Windrad und Tiere – nicht ausschließen. Teil der Auflagen ist zudem ein landchaftspflegerischer Begleitplan – ein Verfahren, bei dem alles, was an der vorgesehenen Baustelle an Flora und Fauna vorhanden ist, kartiert wird und eventuelle Konfliktpunkte festgehalten sowie Ausgleichsmaßnahmen (beispiels-

weise Streuobstwiesen) vorgeschlagen werden müssen. Ein Planungsbüro sei, so Blasenbri-Wurtz, bereits damit beauftragt.

Mit dem Windrad will die Bürgerinitiative ein Zeichen setzen. Blasenbri-Wurtz: „Wir wollen beweisen, dass sich Windkraft nicht nur an der Nordsee, sondern auch im Binnenland lohnt.“ Erneuerbare Energien sollten da geerntet werden, wo sie anfallen, ergänzt er. Die Profiteure seien vor allem die Bürger aus der direkten Nachbarschaft.

Argumente, die auch den Ingersheimer Bürgermeister Volker Godel überzeugen. Es sei kein Geheimnis, dass er ein Befürworter der Windkraftanlage sei. Er könne aber nicht für andere sprechen. „Es gibt vehemente Befürworter, aber auch vehemente Gegner“, sagt der Rathauschef. An der optischen Wirkung einer solchen Anlage störten sich viele. Auf der anderen Seite sei die Ausweisung als Vorranggebiet als einzige Gemeinde im Landkreis ein Alleinstellungsmerkmal. Und: Da-

## Godel: Vielfältige Energieversorgung vor Ort

durch wäre die Möglichkeit einer vielfältigen Energieversorgung vor Ort gegeben, fasst Godel die Stimmen der Unterstützer zusammen.

Zunächst muss jedoch erst einmal der Antrag gestellt werden. Erst dann kann das Landratsamt erneut mit der Prüfung beginnen. Laut Andreas Schorm, dem stellvertretenden Geschäftsteilnehmer des dafür zuständigen Emissionsschutzes, dauere ein solches Verfahren zwischen drei und sieben Monaten, je nach dem, ob der Antragssteller Harald Bender das Verfahren öffentlich oder nicht öffentlich durchführen lassen wolle. Gibt das Landratsamt danach grünes Licht, kommt der Sachverhalt als nächstes auf die Tagesordnung des Ingersheimer Gemeinderats.